

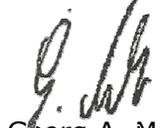
SPD-Fraktion Rheingau-Taunus, Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Herrn Kreistagsvorsitzenden
Klaus-Peter Willsch
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach

25. Januar 2019

Sehr geehrter Herr Willsch,

bitte nehmen Sie den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen



Georg A. Mahr
Fraktionsvorsitzender

Antrag: Bahnübergang in Rüdesheim noch vor der BUGA 2029 beseitigen

Der Kreistag erachtet es als unerlässlich, dass die Verkehrsströme vor Beginn der Bundesgartenschau im Mittelrheintal 2029 einwandfrei geregelt werden. Der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs auf der Bundesstraße 42 in Rüdesheim kommt dabei höchste Dringlichkeit zu.

Der Kreisausschuss wird gebeten, gegenüber dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) und der Landesbehörde Hessen Mobil sowie gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur darauf hinzuwirken, dass erstens der Variantenvergleich schnellstmöglich abgeschlossen und das Planfeststellungsverfahren baldmöglichst begonnen wird, dass zweitens die Planungsphase schnellstmöglich abgeschlossen wird und dass drittens die Baumaßnahmen vor 2029 abgeschlossen werden.

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, die Dringlichkeit der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs auf der Bundesstraße 42 in Rüdesheim zu erkennen, dieses wichtige Verkehrsprojekt mit der gebotenen Konsequenz zu verfolgen und die Landesbehörde Hessen Mobil nötigenfalls mit entsprechenden Ressourcen auszustatten, um hier vor 2029 eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.

Begründung:

Rüdesheim wird das Eingangstor zur BUGA 2029 bilden und sollte bis dahin die Verkehrssituation am zentralen Knotenpunkt nicht geklärt sein, sind ein Verkehrschaos und ein nicht absehbarer Imageschaden für die Region vorprogrammiert.

Dass Hessen Mobil mitgeteilt hat, dass die Planungsphase zwar vor der BUGA abgeschlossen sein wird, jedoch die Bauphase bis nach der BUGA verschoben wird, zeigt, dass die Behörde die Dringlichkeit ignoriert, Ersatz für den schienengleichen Bahnübergang zu schaffen und dass die Landesregierung dieses wichtige Verkehrsprojekt nicht konsequent genug verfolgt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.